

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Anna Köbberling (SPD)  
– Drucksache 17/8785 –

### Neubau der Pfaffendorfer Brücke in Koblenz

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/8785 – vom 4. April 2019 hat folgenden Wortlaut:

Der Koblenzer Stadtrat hat am 28. März 2019 beschlossen, den Neubau der Pfaffendorfer Brücke mit beidseitigem Geh- und Fahrradweg zu realisieren. Vorausgegangen war eine längere Diskussion in der Bevölkerung um die ursprüngliche Planung, die keine explizite Trennung vorsah. Durch den neuen Entwurf wird sich allerdings die Brücke verbreitern und entsprechend verteuern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wird sich durch den neuen Entwurf die Förderquote des Landes hinsichtlich des Neubaus verändern?
2. Wie hoch wird die Förderquote des aktuellen Beschlusses sein?
3. Innerhalb welchen Zeitraums nach Antragstellung durch die Stadt kann mit einer verbindlichen Förderzusage durch das Land gerechnet werden?

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. April 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der vom Stadtrat Koblenz beschlossene, geänderte Brückenquerschnitt ist grundsätzlich zuwendungsfähig und wirkt sich nicht auf den Fördersatz aus. Da der vorgesehene Querschnitt für Radfahrer und Fußgänger wirtschaftlich und verkehrstechnisch nur dann sinnvoll ist, wenn die Rad- und Gehwege auch jenseits der Brücke fortgeführt werden, sind entsprechende Konzepte zu erstellen und umzusetzen.

Zu Frage 2:

Die Höhe des Fördersatzes richtet sich nach der zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Förderstaffel.

Zu Frage 3:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann kein Zeitraum zwischen Antragstellung und einer möglichen Bewilligung genannt werden. Der Zeitraum hängt von verschiedenen Faktoren ab, etwa ob zum Zeitpunkt der Antragstellung ein bestandskräftiger Planfeststellungsbeschluss vorliegt und die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Dr. Volker Wissing  
Staatsminister